

Perspektiven der Wissenschaftskommunikation im digitalen Zeitalter

Herausgegeben von
Peter Weingart, Holger Wormer,
Andreas Wenninger und Reinhard F. Hüttl

344 Seiten · gebunden · € 39,90
ISBN 978-3-95832-117-5

© Velbrück Wissenschaft 2017

PETER WEINGART, HOLGER WORMER,
ANDREAS WENNINGER UND REINHARD F. HÜTTL

Zwischen Euphorie und erster Ernüchterung

Social Media in der Wissenschaftskommunikation

1. Wissenschaft, Medien und digitale Kommunikation

Es ist nicht lange her, dass die in der Mediengeschichte noch jungen Internetplattformen als die große Verheißung einer umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft gefeiert wurden. Die technisch ermöglichte Kommunikation aller mit allen, scheinbar ohne Kontrolle durch ›Gatekeeper‹ in den Redaktionen der Zeitungen oder Fernsehsender und ohne den für den einzelnen Bürger¹ unerreichbaren Kapitalaufwand, der für eine breitenwirksame Kommunikation bis dahin

1 Der Band verfolgt keine einheitliche Linie zur Genderisierung. Dort wo nur die männliche Form zur Bezeichnung von Personen benutzt wird, sind – von sachlich bedingten Ausnahmen abgesehen – die weibliche Form sowie andere Gender unausgesprochen mit eingeschlossen.

erforderlich war, schien plötzlich möglich geworden zu sein. In der Geschichte der gesellschaftlichen Kommunikation schien die digitale Kommunikation über das Internet die Bedeutung der Erfindung des Buchdrucks noch in den Schatten zu stellen. Eine epochale Revolution, fürwahr! Nicht nur war die prinzipiell unbegrenzte Reichweite gegeben, darüber hinaus war auch die Beschränkung auf die weitgehende Unidirektionalität der Kommunikation aufgehoben. Das war gleichbedeutend mit der Ermächtigung jedes Einzelnen, am gesellschaftlichen Diskurs direkt teilzunehmen, die ultimative demokratische Ermächtigung.

Diese so überzeugende wie verführerische Utopie ist inzwischen der Ernüchterung gewichen. Zwar haben sich eine Reihe interessanter Formate im Bereich der digitalen Wissenschaftskommunikation entwickelt, liefern Suchmaschinen und kollaborative Formate wie Wikipedia beim kompetenten Umgang damit oft hilfreiche und schnelle Antworten auf Fragen, beobachten spezialisierte Blogger auch bisher wenig beachtete Bereiche der Wissenschaft, entstehen neue Diskurse und haben Bürger – zumindest theoretisch – einen viel weitreichenderen und direkteren Zugang zur Wissenschaft oder auch zu Informationen im Allgemeinen. Gleichwohl müssen wir erkennen, dass wir in mehrfacher Hinsicht naiv in der euphorischen Rezeption der neuen Technologie waren. Zum einen war es naiv anzunehmen, dass die neue Technologie gleichsam als ›Allmende‹ etabliert werden würde, ohne Kosten und ohne sie tragende und prägende Interessen. Inzwischen muss jedem Nutzer unausweichlich klar sein, dass er/sie die Dienste nur für die Gegenleistung erhält, wenn nicht Geld, dann persönliche Daten zu liefern, um damit eine ständig raffinierter werdende gigantische Werbeindustrie zu füttern. Die Aufdringlichkeit der Werbespots und noch mehr von versteckter Werbung belastet die Kommunikation zunehmend. Nur sehr wenige Plattformen beziehungsweise Anbieter wie Wikipedia oder die New York Times operieren mit Bezahlmodellen (in Form von Spenden oder von Nutzungsgebühren) und nutzen tatsächlich mögliche Synergien zwischen bewährten redaktionellen Prozessen mit kollaborativen Modellen der Wissensgenerierung. Der weitaus überwiegende Teil der Kommunikation findet aber auf den Servern der quasi-monopolistischen amerikanischen Internetkonzerne statt. Deren massive wirtschaftliche Interessen sind in die bereitgestellten Dienste im wahrsten Sinn des Wortes ›eingebaut‹, in Gestalt der Algorithmen, die die Kommunikationen steuern, selektieren, mit unterschiedlichen Bedeutungen versehen. Nur der triviale Sachverhalt, dass diese Algorithmen existieren, deren genaue Funktionsweise im Übrigen nicht zufällig das Geheimnis der Betreiber bleibt, reicht schon aus, um die Beteuerungen zum Beispiel des Eigentümers von Facebook, Mark Zuckerberg, es handele sich dabei nur um eine gegenüber

dem Kommunikationsgeschehen neutrale Plattform, in das Reich der Zweckpropaganda zu verweisen. Seitdem Volksabstimmungen und politische Wahlen eindringlich Indizien dafür geliefert haben, welcher unkontrollierbare Einfluss von den Social Media ausgehen kann, seitdem die Erosion der guten Sitten, des Schutzes vor Verletzungen der Persönlichkeitsrechte, vor Verleumdung und Beleidigung, die massenweise Verbreitung von ›Fake News‹ zu einem kollektiven Problem geworden sind, und seitdem die Möglichkeiten des Missbrauchs durch den Einsatz von ›Social Bots‹ die Gefahren der Technologie eindringlich vor Augen geführt haben, ist die Notwendigkeit einer wie auch immer gearteten Regulierung der Social Media beziehungsweise der Geschäftspraktiken ihrer Betreiber unabweisbar geworden. Ebenso unabweisbar ist die Notwendigkeit geworden, die Fähigkeiten aller Bürger im Umgang mit verschiedenen Medien und zur kritischen Bewertung von Quellen endlich systematisch zu stärken.

Eine weitere Naivität muss hinsichtlich der Fehleinschätzungen der möglichen Folgen der Social Media für den gesellschaftlichen Zusammenhalt eingeräumt werden. Vielleicht haben es die Kommunikationswissenschaftler ahnen können: neue Kommunikationstechnologien können explosive Wirkungen auf kollektive Meinungsbildung, auf Massenmobilisierung und generell auf die Abläufe der gesellschaftlichen Kommunikation haben. Heute erscheint uns das Geschrei faschistischer Agitatoren in den 1930er Jahren eher komisch, zu jener Zeit hat es die Massen elektrisiert, weil erstmals Großveranstaltungen durch die neuartige elektrische Verstärkung von den Rednern erreicht werden konnten. Die schiere Amplifizierungswirkung der Social-Media-Plattformen verleiht ihnen ein Mobilisierungspotential, das weit über alles hinausgeht, was bisher bekannt und möglich war – ohne dass auch nur einer der Teilnehmer an der Kommunikation einen Fuß vor die Tür setzen und als Person identifizierbar sein muss. Was das für die Inhalte der Kommunikation, für deren Wirkung auf jeden Einzelnen, für die Demokratie insgesamt bedeutet, beginnen wir nur allmählich wahrzunehmen. Wirklich verstehen tun wir es noch nicht.

Viele funktionierende demokratische Gesellschaften haben sich im Laufe ihrer Geschichte für das Modell einer repräsentativen Demokratie entschieden: Gewählte Parlamentarier treffen Entscheidungen und bilden eine Regierung; im Rechtswesen entscheiden davon möglichst unabhängig eingesetzte Richter und Schöffen als Repräsentanten über Recht und Unrecht »im Namen des Volkes«. Auch die hiervon wiederum (gesetzlich geschützte) unabhängige »vierte Gewalt« folgte lange Zeit einem ähnlichen Modell: einer Verbreitung von Informationen durch eine möglichst repräsentative Vielfalt an journalistischen Medien. Vor einer (sofern angesichts der Abhängigkeit von Social-Media-Plattformanbietern überhaupt möglichen) vollständigen Demokratisierung der Medien

wäre daher zumindest in Betracht zu ziehen, welche Analogien sich mit den anderen genannten Bereichen des Staatswesens ziehen lassen: Die Grenzen einer möglichst vollständig demokratisierten Regierung zur Anarchie sind ebenso fließend wie jene einer demokratischen Justiz zur bloßen Lynchjustiz, die auf Basis einer sich jeweils ad hoc bildenden Mehrheitsmeinung über Recht und Unrecht urteilt. Insofern ist eine kritiklose Begrüßung einer »Demokratisierung der Medien« durch Social Media als großer Fortschritt für die Demokratisierung zumindest vorzuziehen; es ist jedenfalls keineswegs gesichert, dass das System »Social Media« jenem durch das Grundgesetz in seiner Unabhängigkeit geschützten System von repräsentativen journalistischen Medien für die Versorgung der Bürger mit zuverlässigen Informationen wirklich überlegen ist.

Wir erahnen bislang nur, dass der Verlust der sogenannten Intermediäre, das heißt der Journalisten in den Massenmedien, der »Sprecher« der Institutionen wie der Politik, der Wirtschaft oder der Wissenschaft, ein Gerüst von Kommunikationsankern aufzulösen beginnt, an dem sich – ungeachtet aller Skepsis und allen Misstrauens im Einzelfall – der gesellschaftliche Diskurs orientiert hat. Die beiden wichtigsten Institutionen im gesellschaftlichen Institutionengefüge, die für eine fortlaufende Berichterstattung und Informierung, Diskussion unterschiedlicher Inhalte und deren Interpretation verantwortlich sind, Wissenschaft und journalistische Medien, werden durch die neuen Technologien in jeweils spezifischer Weise bedroht.

Die Medien, das heißt vor allem die Printmedien in Gestalt der großen Tageszeitungen, die ohnehin schon durch die Ökonomisierung ihres Geschäftsmodells zunehmend in Abhängigkeit von der werbenden Wirtschaft geraten sind – mit nachhaltigen Konsequenzen wie zum Beispiel der Orientierung an Aufmerksamkeitsindikatoren (Auflage, Verkauf, Quote) –, verlieren ihre wirtschaftliche Grundlage im Wettkampf um Werbeeinnahmen. Je schärfer die Konkurrenz mit den Internetbetreibern, desto sensationsheischender gerät oft die Berichterstattung. Die Ökonomisierung der medialen Kommunikation lässt deren Qualität also nicht unberührt. Der Qualitätsjournalismus, die vierte Gewalt im demokratisch verfassten Staat und Garant der Machtkontrolle qua kritischen Diskurses, droht zu verschwinden zugunsten einer am Massengeschmack ausgerichteten Trivialberichterstattung (Ausnahmeentwicklungen wie der Abonnentenzuwachs der New York Times nach der Wahl Trumps sind bislang nicht mehr als das).

Mit dem Qualitätsverlust der Kommunikation und dem tendenziellen Verschwinden der klassischen Intermediäre kommt es zu einer Erosion des Vertrauens und der Autorität des Journalismus und der Wissenschaft (siehe 2). Das heißt, die gesellschaftliche Kommunikation droht, ihren Bezug auf Fakten, Evidenz und anerkannte Methoden des Erkenntnisgewinns zu verlieren. Sollte sich diese Entwicklung tatsächlich fortset-

zen, würde der demokratische und rationale gesellschaftliche Diskurs zusammenbrechen. Er ist demokratisch, weil er die offene Diskussion über Werte und Interessen der Beteiligten erlaubt, und er ist rational, sofern die faktischen wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten berücksichtigt werden. An seine Stelle träte die Auseinandersetzung, in der die Machthaber über die technischen Verbreitungsmöglichkeiten die Einstellungen, Emotionen und Handlungen der Massen manipulieren könnten, mit unabsehbaren Folgen für den sozialen Frieden.

2. Eine neue zentrale Rolle der Wissenschaft

In der skizzierten Konstellation, in der sich gesellschaftliche Kommunikation angesichts der Digitalisierung befindet, nimmt die Wissenschaft, wie betont, eine zentrale Stellung ein. Deshalb verdienen die Auswirkungen der Digitalisierung, das heißt insbesondere der Social Media, auf die inner- und die außerscientifische Kommunikation besondere Aufmerksamkeit, und eine Reihe der Probleme, die für die gesellschaftliche Kommunikation allgemein benannt wurden, lassen sich auch speziell für die Wissenschaft benennen.

Es ist unter Beobachtern Konsens, dass mit der Etablierung der Social Media die Grenze zwischen Fachöffentlichkeit und allgemeiner Öffentlichkeit, wenn auch nicht beseitigt, so doch auf spezifische Weise aufgeweicht wird (auch als »Absenkung der Wissenschaftler-Laien-Schwelle« bezeichnet). Die kommunikativen Möglichkeiten der Social-Media-Plattformen sind mit Blick auf die Wissenschaft als Chance ihrer Demokratisierung gesehen worden. Allerdings muss genau präzisiert werden, was damit gemeint sein kann. So begrüßenswert die Teilhabe vieler Bürger an der Wissenschaft ist, so beschränkt ist angesichts des Spezialisierungsgrads die substantielle Teilnahme. Auch hier gilt, dass die Umgehung oder Außerkraftsetzung der innerhalb der Wissenschaft anerkannten Kontroll- und Qualitätssicherungsmechanismen, deren Legitimität zuweilen mit Verweis auf die Demokratisierung bestritten wird, eine ernstzunehmende Bedrohung für das Funktionieren der Wissenschaft darstellt. Genauer gesagt, wissenschaftlich begründete Entscheidungen über Relevanz von Forschungsfragen und Richtigkeit von Forschungsergebnissen können nicht »von außen« getroffen werden. Es gilt auch zu unterscheiden zwischen prinzipiell wissenschaftlich nicht beantwortbaren Fragen, (noch) unsicheren und gesicherten Forschungsergebnissen. In der Öffentlichkeit besteht oft Unklarheit darüber, was es heißt, wenn in der Wissenschaft Dissens über die Deutung von Ergebnissen besteht. Die Wissenschaft ist aber nicht schon deshalb schlecht, weil sie sich von Zeit zu Zeit revidiert, im Licht neuer Ergebnisse eine andere Deutung früherer Ergebnisse erforderlich wird. All

das hat jedoch weder mit ›alternativen Fakten‹ zu tun (ein Widerspruch in sich), noch rechtfertigt es, die Existenz von Fakten überhaupt zu bestreiten.

Eine andere Grenze ist ebenfalls in Auflösung begriffen. Durch das Mandat der Rechenschaftslegung seitens der wissenschaftlichen Organisationen (Universitäten und Forschungsinstitute) und die politisch verordnete verschärfte Konkurrenz droht die Kommunikation der Wissenschaft in die und mit der Gesellschaft zu einem Kampf um öffentliche Aufmerksamkeit zu degenerieren. In solcher Kommunikation wird nunmehr kaum unterscheidbar, mit welchem Interesse kommuniziert wird. Kaum etwas ist jedoch der Autorität der Wissenschaft, der das öffentliche Vertrauen gilt, so abträglich gewesen, wie der Zweifel an ihrer möglichst großen Neutralität gegenüber Interessen gleich welcher Provenienz. Verstöße gegen das Neutralitäts- und Objektivitätsgebot etwa in der industriellen Forschung oder in besonders politisierten Forschungsfeldern ändern nichts an der grundsätzlichen Orientierung der Wissenschaft als Institution an ›Wahrheit‹. Das Misstrauen gegenüber Experten und die damit einhergehende Verachtung von Fakten gehen nicht zuletzt auf die Erfahrungen mit ihrer Politisierung zurück. Die aktive Beteiligung wissenschaftlicher Organisationen an offensiver Eigenwerbung über die Kanäle der Social Media ist kaum geeignet, das Vertrauen in Objektivität und Neutralität zu stärken, und es ist auch nicht mit informierender und aufklärender Kommunikation zu verwechseln.

Die stärkere Öffnung der Wissenschaft zur Gesellschaft, die sich in den vergangenen Jahrzehnten vollzogen hat und die zuerst in der diversifizierten Wissensproduktion in Industrie, NGOs sowie in Think Tanks und deren stärkerer Interessenbindung ihren Ausdruck fand, nunmehr durch die digitale Kommunikation nochmal verstärkt wird, zwingt offensichtlich zu einer sehr viel vorsichtigeren Markierung und Aufrechterhaltung der Grenze zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Die gut gemeinte, wohlfeile Rede von Partizipation, Demokratisierung und ›Bürgerwissenschaft‹ (Citizen Science) ist verführerisch und gegebenenfalls irreführend oder gar populistisch, wenn nicht präzise benannt wird, worin die Teilnahme bestehen kann, worauf sie sich beziehen soll, an welche Voraussetzungen seitens der Bürger sie gebunden ist und welche Ziele damit erreicht werden sollen. Berechtigte Kritik an einem sich selbst zugeschriebenen Elitestatus der Wissenschaftler oder an der Distanz der Wissenschaft zur Gesellschaft erfüllt noch nicht die Bedingungen der Demokratisierung in einem Bereich, in dem Mehrheitsentscheidungen keine Aussicht auf Sachgerechtigkeit eröffnen können. Die vielfältigen Übergänge und Schnittstellen wie die wissenschaftliche Politikberatung und die Wissenschaftskommunikation lassen die institutionelle Besonderheit der Wissenschaft empfindlicher für

Misverständnisse, grobe Unterscheidungen, Übersehen von Differenzen und terminologische Vereinfachungen werden.

3. Zu diesem Band

Die beschriebene Entwicklung lässt sich nicht von einer einzelnen Akteursgruppe aufhalten. Wenn überhaupt ließe sie sich allenfalls abschwächen und umlenken. Seit einer Reihe von Jahren haben sich in Deutschland die wissenschaftlichen Akademien des Themas angenommen und versucht, dieses mit den ihnen zur Verfügung stehenden Instrumenten, den interdisziplinären Arbeitsgruppen unter dem Titel ›Wissenschaft, Öffentlichkeit, Medien‹, vor allem aus der Perspektive der Wissenschaft aufzuarbeiten. Es geht dabei also in erster Linie um Reflexion, Kommentierung und die Markierung erwünschter Zustände. Dabei ging es anfänglich, bevor die Debatte um die Folgen der Social Media angesichts des bereits erwähnten Erfolgs nationalistischer beziehungsweise populistischer Parteien in Europa, der Volksabstimmung zum »Brexit« und zur US-Wahl des Jahres 2016 eine breitere Öffentlichkeit erreicht hatte, auch um ein Gegengewicht zur bis dahin weitgehend kritiklosen und euphorischen Begrüßung der neuen Kommunikationsmöglichkeiten auch durch Akteure der Wissenschafts-PR. Zu groß war unter diesen Akteuren offensichtlich die Versuchung, nunmehr unter Umgehung von mitunter missliebigen journalistischen Gatekeepern direkt die eigene Wissenschaft in die breite Öffentlichkeit kommunizieren zu können, inklusive der Werbebotschaften für die eigene Institution oder Disziplin. Dass man sich damit auch der direkten Konkurrenz einer ebenso ungehinderten Verbreitung von Fake News, Pseudoscience und dem Wettbewerb der nun algorithmischen Gatekeeper würde stellen müssen, wurde (und wird zum Teil bis heute) übersehen.

Nachdem von einer ersten Akademien-Arbeitsgruppe im Jahr 2014 vor allem Empfehlungen zur grundsätzlichen Rolle von Medien und Wissenschaft und ihrer Kommunikation in einer Demokratie vorgelegt worden waren, wurden im Juni 2017 die von einer zweiten Arbeitsgruppe erarbeiteten Empfehlungen zur Wissenschaftskommunikation mit speziellem Fokus auf die digitalen Medien und die Social Media der Öffentlichkeit vorgestellt (S. 340 in diesem Band). Der vorliegende Band enthält die im Zusammenhang mit dieser zweiten Arbeitsgruppe erarbeiteten Expertisen (in aktualisierter Fassung) sowie eine Reihe weiterer, eigens verfasster Beiträge zum Thema. Der Band kann deshalb als Ergänzung zu der den Empfehlungen vorausgehenden Analyse gelesen werden. Die Beiträge ergänzen die Empfehlungen und die anhaltenden Debatten um einen angemessenen Umgang mit Social Media in der Wis-

schaftskommunikation, sie liefern aber darüber hinaus einschlägige Hintergrundinformationen. Sie sollen den Themenkomplex durch weiterführende Erklärungen verständlicher machen und zu weiteren Diskussionen anregen. Dabei haben die Herausgeber auch versucht, zumindest einige Social-Media-Formate etwas genauer beleuchten zu lassen; gleichwohl ist eine detaillierte Berücksichtigung ›der‹ Social Media in der Wissenschaftskommunikation naturgemäß nur exemplarisch zu leisten.

Den Herausgebern ist klar, dass es sich dabei nur um ›zwischenzeitliche Wasserstandsmeldungen‹ handelt, dies umso mehr als der bisherige Forschungsstand oft beschränkt, die Entwicklung der Social Media rasant und der politische wie gesellschaftliche Diskurs weit entfernt davon ist, abgeschlossen zu sein. Zu Beginn der Diskussionen in der Arbeitsgruppe im Jahr 2015 war beispielsweise noch kaum die Rede von einer – politisch zunächst immer unpopulären – Regulierung von Social-Media-Plattformen. Quasi zeitgleich mit der Präsentation der Empfehlungen im Juni 2017 sind inzwischen nicht nur entsprechende Gesetzentwürfe wie jene zu einem »Netzwerkdurchsetzungsgesetz« vorgelegt worden; die kontroversen und vielschichtigen Diskussionen zu ihnen zeigen überdies die Komplexität des Gegenstands. Immerhin geht es bei solchen Eingriffen auch um den operativen und technischen Ausgleich zwischen dem Schutz der Persönlichkeit, der informationellen Selbstbestimmung auf der einen und der Garantie der sachgerechten Kommunikation und dem Schutz der Meinungsfreiheit auf der anderen Seite – von formaljuristischen Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern einmal ganz abgesehen.

Der Band ist in vier Themenkomplexe gegliedert. Dem vorangestellt sind Bemerkungen aus der Politik von Daniela De Ridder (MdB und Mitglied im Ausschuss Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des 18. Deutschen Bundestages), und Stefan Müller (MdB des 18. Deutschen Bundestages und parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung), die aus jeweils unterschiedlichen politischen Feldern heraus mit den Themen der Digitalisierung der Gesellschaft vertraut sind.

Der erste große Themenkomplex (Wissenschaft und Öffentlichkeit im Wandel) handelt vom komplizierten Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit allgemein. Die Beiträge (von Peter Weingart, Christoph Neuberger und Otfried Jarren, Jan-Hinrik Schmidt) untersuchen mit unterschiedlichen Schwerpunkten die historischen und gegenwärtigen Wandlungsprozesse dieses Verhältnisses, die im Kontext einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft und Öffentlichkeit zusehends an Dynamik und Differenzierung gewinnen.

Bereits in diesem Oberkapitel wie auch in den Folgenden werden die längeren Kapitel durch Kurzbeiträge ergänzt, die Schlaglichter auf ein-

zelne Social-Media-Formate werfen (von Christian Pentzold, Andrea Geipel, Jonathan Focke, Andreas Wenninger, Adrian Rauchfleisch) oder Exkurse zu bestimmten Teilaspekten der Wissenschaftskommunikation liefern (von Elisabeth Hoffmann, Axel Bruns, Dietram Scheufele). Die Schlaglichter respektive Exkurse stellen wichtige Ergänzungen und Vertiefungen des Bandes insgesamt dar, die für die Leserinnen und Leser allgemein von Interesse sein dürften.

Der zweite Themenkomplex (Markt, Verbreitungen und mögliche Wirkmechanismen von Wissenschaftskommunikation) geht der Effizienz von alten und neuen Modellen der medienvermittelten Kommunikation nach. Zum einen vergleichen Leyla Dogruel und Klaus Beck anhand einer medienökonomischen Perspektive die Verbreitungswege über Social Media und klassische Kanäle. Holger Wormer untersucht das Modell des Gatewaching im Vergleich zum Gatekeeping im Hinblick auf die Informationsverbreitung und die Verarbeitung durch Rezipienten, insbesondere bei Fehlinformationen und ihren Richtigstellungen.

Der dritte Themenkomplex (Künftige Perspektiven der Wissenschaftskommunikation vor dem Hintergrund technischer Entwicklungen) legt den Fokus auf die technische Ebene der Wissenschaftskommunikation mit einem spezifischen Blick auf die Möglichkeiten der Informatik. Beide Autoren (Henning Lobin und Andreas Hotho) gehen von der aktuellen Situation aus, indem sie die Prozesse und Strukturen digitaler Kommunikationen analysieren und auf dieser Basis mögliche Zukunftsszenarien entwerfen.

Am Schluss des Bandes arbeiten Sabine Maasen und Andreas Wenninger in einem kurzen vierten Themenkomplex die Kommunikation rund um das Akademienprojekt – mit und ohne Social Media – auf.

Abschließend sollte nicht unerwähnt bleiben, dass alle Autoren des Bandes dazu angehalten waren, Vor- und Nachteile der Verwendung von Social Media zur Wissenschaftskommunikation wenn möglich gleichermaßen darzustellen – entweder im Beitrag selbst oder in der kritischen Auseinandersetzung mit der bisherigen Literatur. Mitunter musste dabei auch die Distanz zum eigenen Forschungsgegenstand angemahnt werden. Fast scheint es im Einzelfall so, als sollte man perspektivisch für die Erforschung der Wirkung neuer Medien eine ›Verblindung‹ (im Sinne einer ›Befremdung der eigenen Kultur‹) einführen, wie sie in klinischen Studien für die Erforschung der Wirkung neuer Therapien zum Standard gehört: Zu groß erscheint mitunter die Versuchung, die Wirkung des Untersuchungsgegenstands bereits in einem positiven Licht zu sehen, wo die Datenlage noch völlig offen ist.

Insofern verkennen auch die Herausgeber nicht, dass alle getroffenen Aussagen zu möglichen positiven und negativen Wirkungen und Nebenwirkungen der digitalen Wissenschaftskommunikation und insbesondere der Social Media vorläufig bleiben müssen. Gleichwohl versteht

sich dieser Band nicht zuletzt als Aufforderung an die Akteure, (Wissenschafts-)Journalisten und (Wissenschafts-)Blogger, Wissenschaftler und Wissenschafts-PR, sich künftig auch selbstkritischer mit diesem Themenkreis auseinanderzusetzen.

Die Herausgeber sowie die Sprecher
der Akademien-Arbeitsgruppe im Herbst 2017
Peter Weingart, Holger Wormer,
Andreas Wenninger und Reinhard F. Hüttl